



Syrien: Ein Land versinkt im Bürgerkrieg

Zu Ursachen und Hintergründen des immer un-
kalkulierbarer werdenden Konflikts

von

Prof. Dr. Karin Kulow

Nachdruck eines Beitrages, der in der im Oktober erscheinenden LINKE International veröffentlicht wird

Seit reichlichen anderthalb Jahren wird in Syrien nun schon geschossen. Haben sich die bewaffneten Auseinandersetzungen mittlerweile sogar zu einem Bürgerkrieg auffällig entlang sunnitisch-schiitisch definierter Trennlinien ausgeweitet. Mehr als 18.000 Menschen, zumeist Zivilisten, verloren laut UN-Angaben im Zeitraum Mitte März 2011 bis Ende August 2012 ihr Leben. Hunderttausende sind inzwischen bereits auf der Flucht – sowohl im Binnenland als auch in die Nachbarländer Jordanien, Libanon, Türkei. Darunter auch eine zunehmende Zahl von Palästinensern und Irakern, denen in zurückliegenden Jahrzehnten bzw. Jahren Zuflucht in Syrien gewährt worden war und die sich nun auch hier nicht mehr sicher fühlen. Überdies befinden sich mehr als zweieinhalb Millionen Syrerinnen und Syrer in einem humanitären Notstand. Fehlt es ihnen vor allem an Obdach, sauberem Wasser, Nahrung Sanitäreinrichtungen, Decken und Gesundheitsversorgung. Und was bei diesem ganzen Elend noch umso schlimmer ist, dass es bislang immer noch kein Licht am Ende des Tunnels zu geben scheint.

Warum im Zuge des „Arabischen Frühlings“ gerade in Syrien, das vielen Beobachtern über die Jahrzehnte als eines der stabilsten Länder in der Region gegolten hat, die Lage derartig eskaliert ist und sich inzwischen sogar dem völligen Abgrund - bis hin zum Zerfall dessen bisheriger staatlich-territorialer Existenz - zu nähern droht, erschließt sich zweifellos nur bei komplexer Betrachtung. Bei hinlänglicher Berücksichtigung der hier gegebenen sehr komplizierten Verquickung der inneren Konfliktkonstellationen mit den teilweise äußerst widersprüchlichen Interessenlagen verschiedener äußerer - internationaler wie regionaler - Mächte. Oder anders ausgedrückt, dass es nicht allein darum gehen kann, die Fehler und Versäumnisse des herrschenden Baath-Regimes als Erklärungsmuster heranzuziehen, sondern sich gleichermaßen auch den Ambitionen und Bestrebungen betreffender äußerer Mächte in gebührender Weise zuzuwenden.

Was aber anscheinend die Positionsbestimmung gerade auch für linke Kräfte – wie sich regional und international zeigt – nicht gerade vereinfacht. Weil es dann eben schwieriger wird, sich undifferenziert dafür oder dagegen zu positionieren. Dementsprechend überrascht es nicht, wenn sich die einen für eine „Adoption der sy-

rischen Revolution“ engagieren. Während andere wiederum ihren Fokus ausschließlich auf die Zurückweisung äußerer Pläne und Zielstellungen richten.

Hier soll nun aber doch eher für ein dialektisches Herangehen gewonnen werden. So wie dies ebenfalls bei vielen Linken in der arabischen Welt zu dominieren scheint. Nämlich die Notwendigkeit eines demokratischen Wandels in Syrien und sich daraus ableitende Forderungen der syrischen Opposition nachdrücklich zu unterstützen. Gleichzeitig jedoch ebenso auch die Umtriebe westlicher Staatenpolitik im Konzert mit bestimmten regionalen Mächten entschieden zurückzuweisen und sich dagegen aufzulehnen. Entscheidend vor allem auch für linke Positionsbestimmung kann doch nur die Ablehnung jeglicher Gewalt sein. Ergo auch nur die Unterstützung für alle jene syrischen wie anderen Akteure, die – auf welcher Ebene auch immer – für eine ausschließlich politische Lösung des Syrien-Konflikts eintreten.

Austragungsort globaler wie regionaler widerstreitender Interessen

Jeden unvoreingenommenen Betrachter musste es doch schon sehr hellhörig machen, als Politiker der USA – wie durchaus auch anderer westlicher Staaten – bereits unmittelbar nach dem akuten Aufblühen der Protestbewegung in Syrien Mitte März 2011 unverhohlen ihre Forderung nach einem dortigen Regimewandel postulierten. Sollte also offensichtlich der „Arabische Frühling“ dazu genutzt werden, so schon die bisherigen Stabilitätsanker in Tunis und Kairo zu Fall gekommen waren, um dann bei der Gelegenheit wenigstens auch noch jene, schon lange als Störfaktor in der Region betrachteten Regimes loszuwerden.

Haben die USA doch niemals ein Geheimnis daraus gemacht, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine alleinige Hegemonierolle in der Welt anstreben zu wollen und im Kontext dessen ihr Projekt eines „Neuen Nahen und Mittleren Ostens“ (1) voranzutreiben. Dem

1 Diese Idee von der Schaffung eines „Neuen Nahen und Mittleren Ostens“ war 2006 von der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice während des israelischen Libanon-Krieges ins Spiel gebracht worden in

aus ihrer Sicht vor allem die Achse Teheran – Damaskus – libanesische Hisbollah im Wege steht.

Wobei Washington das in Syrien seit März 1963 auf der Grundlage einer spezifischen Spielart des arabischen Nationalismus, dem Baathismus, herrschende Regime schon seit jeher ein Dorn im Auge ist. Nicht zuletzt wegen dessen Anbindung an den früheren Ostblock und im Wesentlichen danach bis heute fortbestehend an Russland. So stand Syrien bereits auf der erstmals im Jahre 1979 von den USA verkündeten Terrorstaatenliste; zählte es während der Bush-Administration zu den Schurkenstaaten und deren auserkorenen Kandidaten für einen „Regime-Change“. Verspricht man sich in den USA wohl von einem Sturz des von Assad geführten Baath-Regimes, damit auch den Niedergang des Teheraner Mullah-Regimes beschleunigen zu können und mithin auch die von israelischer Seite schon mit dem Libanon-Krieg 2006 angepeilte Zerschlagung der Hisbollah.

Da nun aber Russland und China statt der von den USA für sich selbst angestrebten Hegemonialrolle eine multipolare Weltordnung - frei von westlich geprägten „Doppelstandards“ - durchzusetzen suchen, kollidierten zwangsläufig diese globalen Rivalitäten auf syrischem Boden. Und zwar in dem Maße, wie vor allem die USA und andere dem Damaszener Regime feindlich gesonnene Staaten - bei Instrumentalisierung des bewaffnete Mittel favorisierenden Teils der syrischen Opposition – auf dessen Sturz setzten. Zumal es für Russland aufgrund der seit den 1950er Jahren nahezu ununterbrochen bestehenden bilateralen Beziehungen – untermauert durch einen 1982 geschlossenen und bis heute gültigen Freundschaftspakt – zugleich noch um wichtige strategische Interessen geht. Nicht nur bestehen zu Syrien seit mehr als einem halben Jahrhundert gewachsene Beziehungen mit vielfältigen gegenseitigen Verflechtungen; stellt das Land für Russland einen der wichtigsten nächstlichen Handels- und Wirtschaftspartner dar, darunter vor allem auch auf militärischem Gebiet; verfügt es hier mit Tartus über seinen einzigen Flottenstützpunkt im Mittelmeer – wo ansonsten allein vor allem die 6. US-Flotte stationiert wäre.

Präzisierung des bis dato von den USA postulierten Projekts eines so genannten Greater Middle East.

Komplizierend für die innersyrische Krise hinzukommt, dass sich diese globalen Rivalitäten um die künftige Ordnung der internationalen Beziehungen in hohem Maße mit rivalisierenden Ambitionen aufstrebender Regionalmächte verquicken, die offenkundig ihrerseits dieses Land gleichfalls zu deren Austragungsort erkoren haben. Sowohl die Türkei als insbesondere auch Saudi-Arabien und Qatar suchen ihrerseits den Syrien-Konflikt zur Durchsetzung spezifischer eigener Vormachtinteressen in der Region – vor allem in der Auseinandersetzung mit Iran – für sich zu instrumentalisieren. Ungeachtet aller Unterschiedlichkeit ihrer jeweiligen Intentionen sind sie sich anscheinend jedoch darin eins, das regionale Gewicht Irans keinesfalls weiter anwachsen zu lassen. Und als mehrheitlich sunnitisch ausgerichtete Staaten geht es ihren religiös motivierten Politikern bzw. Herrschern dabei zugleich noch darum, auch den gewachsenen schiitischen Einfluss in der Region – sich widerspiegelnd in dem Slogan vom „Schiitischen Halbmond“ – wieder einzudämmen.

So gesehen fungiert Syrien zugleich als ein Austragungsort sowohl globaler Streitigkeiten als auch regionaler Vormachtbestrebungen. Während aus globaler Sicht insbesondere die USA ihre Hegemonie-rolle vor allem gegen russische und chinesische Einflussbemühungen zu konsolidieren suchen, geht es regional um die Durchsetzung neuer, auf der politischen Rivalität zwischen Sunniten und Schiiten beruhender Dominanzen. Sind die zum Bürgerkrieg ausgeferteten bewaffneten innersyrischen Auseinandersetzungen quasi zu einer Art Stellvertreterkrieg um die Vormacht in der Region mutiert, für den jedoch nicht mehr allein und in erster Linie das Baath-Regime verantwortlich zu machen ist.

Gravierende Fehler und Versäumnisse des Baath-Regimes

Natürlich sind derartige äußere Begehrlichkeiten nicht ohne Einfluss auf das Verhalten der Herrschenden in Damaskus geblieben. So dienten sie diesen nicht nur dazu, jeglichen Protest im Land undifferenziert als „von außen gesteuert“ abzutun. Sondern auch als Rechtfertigung dafür, von Anfang an mit aller Härte, einschließlich Waffengewalt, dagegen vorzugehen. Warum sollten sie aus ihrer

Sicht gesehen nicht dasselbe tun können, wie der König von Bahrain, der die Protestbewegung in seinem Land – nicht zufällig auch noch Stützpunkt für die 5. US-Flotte – mit tatkräftiger Unterstützung saudischer Truppen niederschlagen ließ, ohne dafür seitens westlicher Staaten oder der Arabischen Liga in irgendeiner Weise gerügt worden zu sein. Wie soll es für sie akzeptabel sein, wenn in westlichen Hauptstädten wie einst zu Zeiten der Mandats Herrschaft darüber entschieden wird, wer in ihrem Land regiert. Wie soll sich von ihnen nachvollziehen lassen, wenn ausgerechnet Saudis und Qataris in Syrien Demokratie und Menschenrechte einfordern, obwohl bei diesen selbst nicht einmal politische Parteien und Gewerkschaften erlaubt sind und – wie im Falle Saudi-Arabiens – der Koran und die Sunna des Propheten den Rang einer Staatverfassung innehaben.

So berechtigt derartige Fragestellungen auch sein mögen, können sie dennoch die Eigenverantwortung des Baath-Regimes für das Entstehen der Krise im Land in keiner Weise abmildern. Das gilt sowohl für den Einsatz von Gewaltmitteln gegen die eigene Bevölkerung als auch für die über die Jahre praktizierte Verschleppungstaktik bei der Inangriffnahme längst herangereifter Reformen sowie die Missachtung sich im Land herausbildender sozialer Ungerechtigkeiten und Missstände (2).

2 Das betrifft insbesondere die Blindheit gegenüber der sich eklatant verschärfenden Arbeitslosigkeit speziell unter Jugendlichen infolge der in den letzten Jahren nahezu sprunghaft anwachsenden Einwohnerzahlen (immerhin sind 60% der Bevölkerung jugendlichen Alters). Aber in ebensolchem Maße auch die nahezu völlige Vernachlässigung der Landbevölkerung im Zusammenhang mit der sich im Prinzip über den Zeitraum 2006 bis 2010 erstreckenden Dürreperiode – von Experten auch als schlimmste der letzten hundert Jahre bezeichnet –, in dessen Folge hunderttausende Bauern ihre Felder zu verlassen gezwungen waren bzw. Hirten keine Nahrungsgrundlage mehr für ihre Herden fanden und – so in die Armut getrieben – dann notgedrungen die Slums am Rande der größeren Städte bevölkerten. Dementsprechend war es durchaus kein Zufall, dass sich die Protestbewegung gerade in der im Süden nahe der jordanischen Grenze gelegenen Provinzhauptstadt Daraa entlud, da hier sowohl die Jugendarbeitslosigkeit als auch die dürrebedingte Verarmung der Landbevölkerung besonders eklatant zutage treten. Die

Mit dem Befehl von Baath-Verantwortlichen zum Beschuss jenes friedlichen Deraaer Protestmarsches am 18. März 2011 (3) mit der Folge von vier Toten, der nunmehr als das Fanal der syrischen Aufstandsbewegung gilt, trug eigens das Regime zu seiner Disqualifizierung bei - mit äußerst nachhaltigen negativen Wirkungen. Mit diesem Gewalteinsatz wurde nicht nur den gleichfalls zur Gewalt neigenden oppositionellen Kräften Vorschub geleistet. Auch das Baath-Regime selbst geriet damit nolens volens in den nachfolgenden katastrophalen Circulus vitiosus. (4) Zugleich beraubte es sich der Chance, gemeinsam mit der sich in Syrien formierenden friedlichen Protestbewegung einen innersyrischen Dialog über die künftige Entwicklung des Landes auf den Weg zu bringen und so der be-

Protestbewegung sich also ebenso hier, wie beispielsweise auch in Tunesien, anfangs vor allem als Widerstand gegen die soziale Misere artikulierte.

- 3 Dieser Demonstrationszug hatte sich seinerzeit formiert aus Protest gegen die Inhaftierung und Misshandlung von 15 Jugendlichen, die nach dem Muster des „Arabischen Frühlings“ in Ägypten und Tunesien Anti-Regime-Lösungen an verschiedene Hauswände gesprayt hatten. Das von Anfang an gewaltsame Vorgehen hatte zur Konsequenz, dass sich danach auch Demonstranten ihrerseits immer aggressiver verhielten, indem sie die örtliche Parteizentrale und den Gouverneurssitz in Flammen aufgehen ließen und ein Standbild des Präsidentenvaters Hafez al-Assad niederrissen, der vor dem Sohn drei Jahrzehnte lang die Politik Syriens bestimmt hatte.
- 4 Bei dem den berüchtigten Schabiha-Kämpfern auf Seiten des Regimes eine besonders unrühmliche Rolle zukommt. Schabiha, in der arabischen Bedeutung des Wortes Geist/Spuk, deren Ursprünge auf die 1970er Jahre zurückgehen, als sie sich unter der Schirmherrschaft des Onkels des heutigen Präsidenten Rifaat Ali al-Assad als eine Art alawitische Mafia zu formieren begannen. Mit Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzungen im Land gingen diese dann daran, in Städten mit einer gemischt sunnitisch-alawitischen Bevölkerung so genannte Wachposten aufzustellen, deren Aufgabe darin bestehen sollte, die Protestbewegung zu unterlaufen. D.h., vor allem gezielt Attacken gegen sunnitische Aufständische zum angeblichen Schutz der jeweiligen alawitischen Bevölkerungsgruppen zu starten. Womit sie ihrerseits zur Vertiefung der Trennlinie zwischen Sunniten und Angehörigen der alawitischen Minderheit in den bewaffneten Auseinandersetzungen beitrugen und beitragen. In dem Maße, wie sich die syrische Armee schwer tat, die Angriffe seitens der wachsenden Zahl eingeschleuster Kombattanten zu unterbinden, wuchs noch um so mehr die Rolle der Shabiha-Kampfeinheiten.

waffneten Opposition den Boden zu entziehen. Der bei seinem Amtsantritt im Sommer 2000 eigentlich noch als Hoffnungsträger gehandelte Präsident Baschar al-Assad wurde im Ergebnis alldessen für viele im In- wie Ausland zum Synonym für Verbrechen an der Menschlichkeit.

Den von der friedlichen Protestbewegung zu recht angemahnten Schritten zur Überwindung der längst obsolet gewordenen autokratisch, polizeistaatlich verfassten politischen Herrschaftsmechanismen, suchte das Regime noch bei schon ausgebrochener Krise mit weiterhin halbherzigen politischen Konzessionen und teilweise äußerst fragwürdigen Maßnahmen zu begegnen. Nicht nur ließ die im April 2011 angekündigte Vorlage einer überarbeiteten Verfassung fast ein Jahr auf sich warten, ehe sie dann Ende Februar 2012 – ohne jegliche vorherige öffentliche Diskussion – plötzlich zur Abstimmung gestellt wurde. Zudem noch zu einem Zeitpunkt, als in einigen Teilen des Landes – so in und um Homs – bereits bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen tobten. Obwohl in der neuen Verfassung durchaus einige wesentliche Einschnitte erfolgten, indem vor allem auf das bisher verfassungsmäßig verankerte „Prinzip der führenden Partei“ verzichtet wurde, ließen dann die ebenso spontan erfolgte Ansetzung der Parlamentswahlen im Mai 2012, aber vor allem die dabei mehrheitlich zugunsten der Baath-Partei erzielten Ergebnisse, wiederum ernsthafte Zweifel daran aufkommen, inwieweit es mit der Verfassungsänderung tatsächlich auch um die Gewährleistung eines wirklichen Mehrparteiensystems, gehen sollte. Gleichfalls viel zu spät wurde die Aufnahme eines nationalen Dialogs angeboten; nämlich erst, als die militärische Konfrontation im Land bereits ihre Eigendynamik angenommen hatte.

Diffizilität der innersyrischen Situation

Zweifellos wäre es vereinfacht, die gegebenen syrischen Verhältnisse lediglich durch eine Schwarz-Weiß-Brille zu betrachten: Auf der einen Seite ein in der Minderheit befindliches brutales Regime und auf der anderen Seite eine geschlossen und mit allen Mitteln dagegen opponierende Mehrheit. Indessen stellt sich diese innere Lage – wenngleich sie sich im Verlauf der inzwischen schon mehrmonati-

gen Auseinandersetzungen durchaus zu verändern begonnen hat – dennoch weiterhin vielschichtiger und diffiziler dar.

Zum einen verfügt das Baath-Regime nach wie vor noch über eine nicht zu vernachlässigende Anhängerschaft - über die Jahrzehnte gewachsen und sich über alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erstreckend. Deren weiteres politisches und/oder berufliches Schicksal unmittelbar mit seinem verknüpft ist. Immerhin halten auch die in der seit 1972 bestehenden Nationalen Fortschrittlichen Front vertretenen politischen Parteien und Gruppierungen, darunter die Vereinigte Syrische Kommunistische Partei und die Syrische Kommunistische Partei (5), nach wie vor an der Kooperation mit ihm fest. Absolut vereinfacht wäre es auch, das Baath-Regime allein auf Angehörige aus der alawitischen Minderheit (rund ein Zehntel der rund 22 Millionen Einwohner) zu reduzieren. Selbst, wenn im Führungszirkel des jungen Assad, anders als noch bei seinem Vater, unmittelbare Angehörige des Assad-Clans zu dominieren scheinen. Die es politisch tragende und ausgesprochen säkular ausgerichtete Baath-Partei hat ihre Mitgliedschaft stets bewusst religions- und ethnienübergreifend zu rekrutieren gesucht. Wie übrigens der theoretisch-ideologische Begründer des Baathismus, Michel Aflaq, ein Christ war.

Zum anderen scheint bei nicht wenigen Syrern die Sorge über eine ungewisse Zukunft größer als die über das bestehende Regime. (6)

5 Und dies trotz ihrer durchaus kritischen Haltung gegenüber dem Baath-Regime vor allem in Bezug auf dessen Wirtschafts- und Sozialpolitik. So sehen sie beispielsweise eine wesentliche Ursache für das Entstehen der Protestbewegung im Land in der sich seit dem Machtantritt des jetzigen Präsidenten vollziehenden Liberalisierung der Wirtschaft und den sich daraus ergebenden negativen Konsequenzen vor allem für das gesellschaftliche Drittel der armen und ärmsten Schichten der Bevölkerung. Während sich demgegenüber rund die Hälfte des Reichtums bei nur etwa 5% der Bevölkerung angehäuft hat.

6 Anscheinend nicht zufällig hebt der Begründer der Bewegung „Den Syrischen Staat bauen“, Louay Hussein, in einem Interview hervor, „dass es neue Bedrohungen gibt, die mindestens ebenso gefährlich sind, als wenn das Regime an der Macht bliebe – ein Bürgerkrieg und die Gefahr einer Invasion, die letztlich den Syrern ihre Selbstbestimmung rauben würde“. In Neues Deutschland, 24. Juli 2012.

Weil diese sich davor fürchten, dass ihrem Land möglicherweise ein analoge Instabilität und Unsicherheit wie Irak nach dem Fall von Saddam Hussein drohen könne. Gleichwohl alle größeren religiösen und ethnischen Gruppen in der sich formierenden Oppositionsbewegung vertreten sind, also Sunniten, Alawiten, Christen, Drusen und Kurden, sehen sich vor allem Angehörige von Minderheiten (neben den Alawiten auch die Christen, die gleichfalls etwa 10% ausmachen) von einer solchen Furcht erfasst. Nämlich, dass sich nach einem eventuellen Sturz des Baath-Regimes im Land die sich bereits jetzt immer stärker abzeichnenden konfessionellen und ethnischen Streitigkeiten noch weiter vertieften und eine Aussöhnung zwischen ihnen immer unwahrscheinlicher werden ließen. Dass sich die machtpolitisch bislang benachteiligte sunnitische Mehrheit dann an Minderheiten und allen, die sich nicht der Opposition angeschlossen haben, so oder so rächen würde. Ganz zu schweigen von den verschiedenen Amtsträgern des Regimes, denen sicherlich das unwürdige Ende von Gaddafi als ein Damoklesschwert auch für sie erscheint.

Äußerst bedenkenswert ist zudem, dass es die syrische Opposition immer noch nicht vermocht hat, sich grundsätzlich über die weitere Zukunft Syriens zu verständigen. Sondern weiterhin sichtlich uneins ist. Abgesehen vielleicht von der Parole: Weg mit Assad! Nach wie vor scheint sie polarisiert vor allem zwischen jenen, die auf politische Mittel zur Durchsetzung des von ihnen angestrebten demokratischen Wandels setzen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Gros der in den beiden großen Netzwerken, den in die Hunderte gehenden Lokalen Koordinierungskomitees (LCC) wie der Allgemeinen Syrischen Revolutionskommission (SRGC), versammelten und hauptsächlich im Inland agierenden Oppositionsgruppen. Sowie jenen, die mittels bewaffneten Kampfes das Regime zu Fall zu bringen trachten. Sprich, maßgebliche Teile der im Syrischen Nationalrat (SNC) zusammengeschlossenen Opposition, gebildet Anfang Oktober 2011 unter türkischer Ägide in Istanbul und im Februar 2012 von der EU-Außenministertagung als ein legitimer Vertreter des syrischen Volkes anerkannt. Ein wesentliches Gewicht in diesem SNC üben Vertreter der syrischen Muslimbruderschaft (7)

7 Genau genommen besteht deren Rivalität mit den Baathisten schon seit den

aus. Vor allem aus deren Reihen schallt permanent der Ruf nach einer NATO-Intervention analog dem libyschen Beispiel. Gerade diese auf ausdrücklich bewaffnete Mittel setzende syrische Opposition erfreut sich nun vielfältiger Unterstützung seitens der USA wie anderer offen Baath-Regime-feindlicher Staaten. So in Gestalt der Gewährung immenser Finanzmittel vor allem für die Waffenbeschaffung, einschließlich immer moderneren Kriegsgeräts (Saudi-Arabien und Qatar), der Bereitstellung von Logistik (Türkei) oder auch der Lieferung von Kommunikationsausrüstungen (USA).

In dem Maße, wie diese Unterstützung an Intensität zugenommen hat, sind nachweislich auch die innersyrischen bewaffneten Auseinandersetzungen immer weiter eskaliert. Hängt die Einstellung des Blutvergießens schon lange nicht mehr allein vom Regime ab und ist dieses ebenso auch nicht nur allein verantwortlich für die im Lande zu beklagenden Menschenrechtsverbrechen.

Insbesondere die mittlerweile auf syrischem Boden operierenden verschiedensten Kampfformationen, darunter gezielt schon weltweit angeworbene Freiwillige und vorwiegend aus Irak und Libyen einsickernde Al-Qaida-Kämpfer sowie andere salafistische Extremisten tragen mit ihren vorwiegend terroristischen Akten – wie den sich besonders in letzter Zeit bedrohlich häufenden Autobombenattentaten – in erheblichem Maße zur immer explosiver werdenden Lage bei.

Aber auch die seit Sommer 2011 als größte bewaffnete Oppositionsgruppe im Land operierende Freie Syrische Armee (FSA) macht sich gleichfalls zunehmend menschenrechtlicher Vergehen an der Zivilbevölkerung schuldig, obwohl sie eigentlich vorgibt, diese schützen zu wollen. Inzwischen bekundet sie zudem offen ihre Entschlossenheit, die militärischen Aktionen bis zum endgültigen Sturz des Regimes fortzuführen. Was dann wiederum das Regime – wie die Kämpfe in und um die Mehr-Millionenstadt Aleppo nachgerade zeigen – mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern

Jahren ihrer Gründung 1937. Heute aber geht es ihr insbesondere um eine Rache am Assad-Clan für die gewaltsame, äußerst brutale Niederschlagung ihres Umsturzversuches 1982 durch den damaligen Präsidenten Hafez al-Assad.

sucht. Womit der Bürgerkrieg nicht nur nicht gestoppt wird, sondern auch mehr und mehr über die Landesgrenzen hinaus-schwappt. (8) Ebenfalls erhöht sich die ohnehin latente Gefahr der Ausweitung zu einem regionalen Krieg. (9)

Wer trägt die Schuld am Scheitern des Annan-Planes?

In Anbetracht der Haltung von Russland und China, keine doppel-deutigen Resolutionen gegen einen souveränen Staat mehr im Si-cherheitsrat passieren zu lassen, wird westlicherseits, vor allem von Seiten der USA, Frankreichs und Großbritanniens, medienwirksam eine Mitverantwortung der Beiden für das fortgesetzte Blutvergie-ßen zu kolportieren versucht. Bekanntlich haben diese gegen von westlicher Seite eingebrachte Syrien-Resolutionen bereits dreimal von ihrem Veto-Recht Gebrauch gemacht. Weil diese aus ihrer Sicht insofern unpräzise waren, als damit allein die Gewalt seitens der syrischen Machthaber verurteilt werden sollte. Und weil sie eben erklärtermaßen nicht zulassen wollen, dass – wie im Falle Libyens – eine UN-Sicherheitsratsresolution dazu missbraucht wird, um unter dem Vorwand des Prinzips der „Schutzverantwortung“ (responsi-bility to protect – r2p) Völkerrecht zu brechen und mit NATO-Unterstützung einen gewaltsamen Regimewandel herbeizuführen. Stattdessen plädieren sie nachdrücklich für eine politische Verhand-

8 So ist der sicherheitspolitisch gesehen ohnehin äußerst fragile Libanon be-reits in vielerlei Hinsicht in die innersyrischen Auseinandersetzungen mehr oder weniger direkt involviert. Neben dem anhaltenden Flüchtlingsstrom gehören dazu auch bewaffnete Zusammenstöße in bestimmten Stadtteilen von Tripolis zwischen jeweiligen mehrheitlich sunnitischen Bewohnern, die die bewaffneten syrischen Kämpfer vor allem mittels Waffenschmuggel und der Gewährung von Rückzugsmöglichkeiten als eine Art Hinterland unter-stützen, sowie alawitischen Bewohnern, die sich der alawitischen Minder-heit in Syrien – und mithin dem Assad-Klan, verbunden fühlen.

9 Zumal noch, wenn es tatsächlich zu dem in Israel seit längerem offen debattierten Militärschlag gegen die Nuklearanlagen in Iran kommen sollte. Oder sich Obamas Androhung eines Militärangriffs im Falle eines, dem Baath-Regime unterstellten eventuellen B- und C-Waffeneinsatzes von Ende August 2012 unter dem Druck des Präsidentschaftswahlkampfes verselbständigte. Schon beim Irak hatten bekanntlich lügnerische Behauptungen gereicht, um einen völkerrechtswidrigen Krieg vom Zaune zu brechen.

lungslösung auch unter Einbeziehung des herrschenden Regimes und mithin dessen Unterstützer im Land. Bekunden sie folglich von Anfang an ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Annan-Mission.

In der Tat war mit der Berufung des ehemaligen UN-Generalsekretärs, Kofi Annan, zum Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga für Syrien eine reale Chance eröffnet worden, dem dortigen Blutvergießen endlich ein Ende zu setzen und einen politischen Übergang hin zu einer demokratischen, pluralistisch verfassten Gesellschaft zu befördern. Dessen Sechs-Punkte-Plan, dem immerhin in Gestalt des Präsidentiellen Statements vom 21. März 2012 die volle Unterstützung des UN-Sicherheitsrates zugesagt worden war, sieht im Kern vor: die Einstellung des Tötens; der Zugang für humanitäre Hilfsmaßnahmen; die Freilassung von politischen Gefangenen; die Gewährleistung von Demonstrations- und Bewegungsfreiheit für Journalisten und ausländische Beobachter; die Einleitung eines politischen Dialogs. Auch die Arabische Liga hat in der Bagdader Erklärung ihres 23. Gipfeltreffens Ende März 2012 den Annan-Plan nachdrücklich gut heißen und sich für dessen sofortige Umsetzung ausgesprochen. Eigentlich sollte dieser ab dem 12. April 2012 bereits in Kraft sein.

Dass dessen Realisierung nicht einfach werden würde, musste sicherlich erwartet werden. Doch nicht aber wohl die Diabolik im Handeln mancher seiner westlichen und regionalen Befürworter. Zwar einerseits verbal die Zustimmung zu Verhandlungen auch mit dem Regime zu geben. Andererseits aber dann jedoch alles daranzusetzen, um dessen Sturz herbeizuführen. Oder besser gesagt: die bewaffnete syrische Opposition nicht nur in ihrem Tun weiter zu ermuntern, sondern auch noch für deren beständig erhöhte Schlagkraft zu sorgen. Während sich Betreffende im Rahmen der „Aktionsgruppe für Syrien“ (10) – zustande gekommen auf Initiati-

10 Teilnehmer dieser so genannten Aktionsgruppe für Syrien waren die Außenminister der 5 UN-Vetomächte sowie der Türkei, Iraks (amtierender Gipfelchef der Arabischen Liga), Kuweits (Vorsitzender des Rates der Arabischen Liga-Außenminister), Qatars (Vorsitz des Follow-up Komitees der Arabischen Liga für Syrien) sowie der EU-Hohen Kommissarin Cathrine Ashton. Saudi-Arabien und Iran waren auf US-Betreiben

ve von Kofi Annan, um seine stockende Syrien-Mission voranzutreiben - am 30. Juni 2012 in Genf qua gemeinsamem Kommuniqué darauf verständigten, jeglicher Militarisierung des Syrien-Konflikts eine strikte Absage zu erteilen sowie sich einzusetzen für einen „Syrien-geleiteten politischen Prozess, der zu einem Übergang führt, der den legitimen Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es dazu befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu befinden“ taten sie dann aber nur knapp eine Woche später genau das Gegenteil von dem. So riefen sie - ohne das Beisein von Russland und China - auf der mittlerweile Dritten Zusammenkunft der Ende Februar 2012 außerhalb des UN-Rahmens ins Werk gesetzten „Gruppe der Freunde des syrischen Volkes“ dezidiert zum Sturz von Assad und der Verstärkung des Widerstandes gegen ihn auf. Verbunden mit der gleichzeitigen Drohung seitens der US-Außenministerin Clinton und des französischen Präsidenten Hollande an die russische und chinesische Adresse, für ihre abweichende Haltung auf jeden Fall einen hohen Preis zu zahlen zu haben. Genau genommen also für eine Haltung, die immerhin eindeutig auf dem Annan-Ansatz und dem Genfer Kommuniqué fußt und dem sie eigentlich doch auch - zumindest verbal - zuvor zugestimmt hatten. Möglicherweise aber ohnehin nur dazu gedacht, die Öffentlichkeit über ihre wahren Absichten hinwegzutäuschen. Nämlich die bewaffnete syrische Opposition für sich zu instrumentalisieren, indem sie diese die schmutzige Arbeit verrichten lässt, um nach den verheerenden Fehlschlägen in Afghanistan und in Irak keine eigenen Toten mehr beklagen zu müssen. Was sich natürlich anderenfalls besonders zu Zeiten des Präsidentschaftswahlkampfes des Friedensnobelpreisträgers propagandistisch äußerst schlecht machte. Um ein Vielfaches besser wäre dann schon, den Russen und Chinesen den „Schwarzen Peter“ zuzuspielen.

Solange diese Widersprüchlichkeiten im Handeln vor allem auch der äußeren Akteure bestehen - und mithin keine einheitliche Einflussnahme auf die jeweiligen inneren Handlungsträger erfolgt -

ausdrücklich nicht auf die Einladungsliste gesetzt worden. Genauer gesagt, weil die USA Iran unter keinen Umständen dabei haben wollten, wurde dann auch Saudi-Arabien als quasi Ausgleich dazu nicht berücksichtigt.

wird es nahezu aussichtslos sein, dem Töten dauerhaft Einhalt zu gebieten. Nicht umsonst gehen viele Experten davon aus, dass der Plan von Annan und das Genfer Kommuniqué eine letzte Chance für Syrien und die Region bedeuten. Folglich auch sein ab 1. September 2012 im Amt befindlicher Nachfolger Lakhdar Brahimi zwangsläufig scheitern wird, wenn vor allem westliche wie ebenso bestimmte Staaten der Region an ihrem Kurs der Unterstützung für die militante Opposition weiterhin festhalten. (11)

Die Verantwortung für Krieg und Frieden in Syrien – und in der Region insgesamt – liegt also weder allein beim in Damaskus herrschenden Regime noch bei Russland und China. Vielmehr ruht sie auf den Schultern ausnahmslos aller an der Syrien-Krise direkt wie indirekt beteiligten Seiten. Jegliche in westlichen Hauptstädten angestellten Planspiele – seien es solche über mögliche Optionen zum Sturz des Assad-Regimes (12) noch solche über „The day after“ (13)

11 Inwieweit die Initiative des ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi zur Bildung eines Syrien-Quartetts (Ägypten, Saudi-Arabien, Türkei und Iran) dazu in der Lage ist, dem Blutvergießen endlich Ende zu setzen, wird sich zeigen müssen. Wenngleich durchaus erst einmal als positiv zu bewerten ist, dass Iran als regionaler Hauptverbündeter des Baath-Regimes – im Unterschied zu der strikten US-Ablehnung – überhaupt in den Lösungsprozess einbezogen werden soll. Wobei allerdings nur schwer vorstellbar ist, inwieweit es tatsächlich gelingen kann, einen Konsens mit Iran zu finden, solange seitens der sunnitisch dominierten Staaten das Bestreben aufrechterhalten wird, den schiitischen Machteinfluss in Syrien wie in der Region insgesamt zurückzudrängen. Auf jeden Fall aber scheint diese Initiative von Mursi darauf hinzudeuten, dass Ägypten im Zuge der sich anbahnenden geopolitischen Neuordnung in der Region als gleichfalls eine bedeutende Regionalmacht wahrgenommen werden will.

12 So beispielsweise das im US-Think-Tank „Saban Center am Brookings“ angestellte und in seinem Middle East memo #21 vom März 2012 publizierte Modell der sechs möglichen Optionen, um Assads Sturz zu erreichen. Darunter sowohl eine Libyen ähnliche Luft-Kampagne, um der Opposition zum Sieg zu verhelfen, als auch ein Einmarsch US-geführter Kräfte, um das Regime direkt zu stürzen. Oder schließlich auch die Teilnahme an einem multilateralen NATO-geführten Angriff zum Sturz Assads.

13 Dieses von „45 prominenten Oppositionsvertretern unterschiedlicher Hintergründe“ in Kooperation mit dem US-Institut für Frieden und der deutschen Stiftung für Wissenschaft und Politik erarbeitete und im August

- sind, ungeachtet aller Unterschiedlichkeit in ihren jeweiligen Ansätzen schon insofern als fragwürdig anzusehen, da sie sich in keiner Weise der Frage stellen, was der angestrebte Sturz des Assad-Regimes für die Stabilität und Sicherheit Syriens wie der gesamten Nah- und Mittelostregion bedeuten könnte. (14) Oder ob diese gar in verantwortungsloser Weise so einfach einkalkulieren, dass Syrien möglicherweise zu einem weiteren „failed State“ wird.

Umso mehr kann doch wohl nur ein möglichst sofortiges Ende der Gewalt die einzig vernünftige Option sein.

2012 unter dem Titel „The Day After. Supporting a Democratic Transition in Syria“ vorgestellte Projekt macht sich zur Aufgabe, Ziele und Grundprinzipien einer Post-Assad-Ordnung zu definieren.

14 Nur ein kurzes Schlaglicht auf die Kurdenproblematik mag verdeutlichen, welche Brisanz damit verbunden wäre. So steht offensichtlich mehr denn je die ohnehin schon länger latente Abtrennung der drei mehrheitlich von Kurden bewohnten und von der Kurdischen Regionalregierung (KRR) seit 2005 quasi schon autonom verwalteten Nordprovinzen Iraks im Raum, was von der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad mit äußerstem Argwohn betrachtet wird. Möglicherweise auch getrieben von der Sorge über das kürzlich zwischen der KRR und der türkischen Regierung geschlossene Abkommen über den Bau einer Energie-Pipeline von Irakisch-Kurdistan in die Türkei hat die irakische Zentralregierung auf jeden Fall Ende Juli 2012 schon einmal vorbeugend Truppen in Richtung Norden zur syrisch-irakischen Grenze in Marsch gesetzt, um so ihren Anspruch auf deren Kontrolle zu untermauern. Ebenso hat offensichtlich auch auf türkischer Seite die Nervosität über die Vorgänge im Kurdengebiet Syriens zugenommen. Denn mit dem dortigen Rückzug der syrischen Truppen hat nun die Kurdische Partei der Demokratischen Union, die enge Kontakte auch zur türkischen PKK unterhält, die ihrerseits wiederum im Widerspruch zur Anti-Assad-Position der Türkei steht, die Kontrolle übernommen.